



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Brüssel, 23. November 2001

Pressemitteilung 19/01

Das Europäische Parlament setzt der Genforschung Grenzen

Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer (CDU) reagiert auf Bürgeranfragen zum Bericht Caudron zum 6. Forschungsrahmenprogramm

Am 14. November stimmte das Europäische Parlament während seiner Sitzung in Straßburg über den sogenannten Caudron-Bericht zum 6. Forschungsrahmenprogramm ab. Die Parlamentarier setzten dabei der genetischen Forschung enge, ethisch motivierte Grenzen. "Therapeutisches Klonen" und die Embryonenforschung mit europäischen Steuergeldern wurde ausgeschlossen.

Das Ergebnis des Kompromisses zwischen den im Parlament vertretenen 118 Parteien und 8 Fraktionen bedeutet konkret:

Für Eingriffe in die menschliche Keimbahn und die Herstellung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken (einschliesslich therapeutisches Klonen) gibt es keine europäische Forschungsförderung. Ein Kompromiss wurde hinsichtlich der Stammzellenforschung gefunden: Die Priorität der Arbeit liegt bei adulten Stammzellen. Nicht völlig ausgeschlossen wird die Arbeit mit existierenden Stammzelllinien und mit fötalem Gewebe. Das Europäische Parlament hat dieser Arbeit jedoch enge Grenzen gesetzt.

Unbefriedigend sei das Ergebnis der Abstimmung im Hinblick auf die Embryonenforschung, meinte Mayer. Ein völliges Verbot wie es in Deutschland und in drei weiteren Mitgliedstaaten der EU existiert, konnte sich nicht durchsetzen. Die gefundene Kompromisslinie bedeutet, dass die Forschung an überzähligen menschlichen Embryos, d.h. solchen, die etwa nach einer In-vitro-Befruchtung nicht mehr benötigt werden, zulässig ist. Dies gilt allerdings nur, soweit diese Forschung in dem betreffenden Mitgliedstaat erlaubt ist und unter strenger Überwachung durchgeführt wird. Was ein "überzähliger Embryo" sei, könne jedoch nur schwierig festgestellt und überwacht werden, sodass diese Regelung letztlich und hoffentlich einem Verbot gleichkomme, sagte Hans-Peter Mayer.

"Die Entscheidung des Europäischen Parlaments hat Signalwirkung auch für die derzeitige Diskussion in Deutschland" meinte Hans-Peter Mayer. "Diejenigen, die sich für eine Liberalisierung oder gar eine Abschaffung des Embryonenschutzgesetzes aussprechen, können sich nicht mehr auf Europa berufen". Damit reagierte der Europaabgeordnete auch auf die Vielzahl von Bürgeranfragen aus seinem Wahlkreis.